

Zu meiner Person

Ich bin von Beruf Rechtsanwaltsfachangestellte, 45 Jahre alt und alleinerziehende Mutter. Seit 26 Jahren wohne ich im Bremer Westen.

Politisch aktiv bin ich seit meiner Jugend, zunächst in der Bezirksschülervertretung in Münster, danach in Stadtteilgruppen, der Antikriegsbewegung und in der antirassistischen Flüchtlingsarbeit. Später war ich als Elternvertreterin in der Kita und Schulelternsprecherin an der Grundschule Pastorenweg aktiv. Die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit liegen in der Bildungspolitik sowie im Kampf gegen Sozialabbau, Rassismus und repressive Aufenthaltspolitik. Dabei ist mir eine intensive Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen und den Gewerkschaften sehr wichtig.

Seit 2008 bin ich sachkundige Bürgerin für DIE LINKE im Beirat Walle und dort in den Ausschüssen Bildung, Osterfeuerberg und (bis Juni 2010) Überseestadt tätig. Seit 2010 bin ich Mitglied des Landesvorstands.

Außerhalb der Politik interessiere ich mich für Werder Bremen, Musik, Fotografie und meine Parzelle.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

Bremen ist eine liebenswerte Stadt, aber viele Bremerinnen und Bremer leben in Armut. Die soziale Spaltung trifft die Schwächsten zuerst, nämlich Jugendliche, Migrantinnen und Migranten und Erwerbslose. Bremen ist eine Hochburg der Leiharbeit. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Verantwortlich dafür ist die Agenda 2010, entstanden unter der rot-grünen Bundesregierung. Hartz IV muss weg! Wir fordern den gesetzlichen Mindestlohn, eine Reichensteuer, die Ausbildungspflicht und eine gute Bildung für alle. Ich bitte um Ihre Stimmen, damit DIE LINKE sich weiter für ein soziales Bremen einsetzen kann. Armut darf nicht mehr verwaltet, sondern muss bekämpft werden.

Ihre



Kristina Vogt
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
kristina.vogt@dielinke-bremen.de



**Kristina Vogt:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Im Land Bremen sind seit den 1980er Jahren ständig 35 000 bis 42 000 Menschen offiziell erwerbslos – tatsächlich sind es etwa 50 000. Fast jeder zweite Arbeitsplatz in Bremen ist heute durch Niedriglohn beziehungsweise Teilzeit prekär, also nicht existenzsichernd, oder durch Leiharbeit oder Befristung ungesichert. Bremen hat sich in den letzten Jahren zu einer Hochburg der Leiharbeit und der Prekarisierung entwickelt.

Im Öffentlichen Dienst sind von 1993 bis 2007 in der Kernverwaltung über 25 Prozent des Beschäftigungsvolumens abgebaut worden. Das entspricht 4 800 Vollzeitstellen. In den öffentlichen Kliniken werden aktuell 950 weitere Stellen abgebaut, in der Verwaltung sollen bis 2014 ebenfalls 950 Stellen abgebaut werden.

Von Arbeit muss man leben können!

Arbeit ist das Stiefkind der Politik in Bremen und des rot-grünen Senats. Dieser hat die Arbeitspolitik der Großen Koalition fortgesetzt – nur mit noch weniger Geld! Unter Rot-Grün gibt Bremen etwa dreimal so

viele Landesmittel für Polarforschung aus wie für Arbeitsmarktpolitik. Rot-Grün verzichtet darauf, die Wirtschaftsförderung an lokale Beschäftigungsquoten, »Gute Arbeit« oder erweiterte Mitbestimmung zu knüpfen.

Der sozialen Spaltung der Stadt entschlossen entgegenzutreten!

Erwerbslosigkeit ist die häufigste Ursache für die Verarmung vieler Bremerinnen und Bremer. Daneben sind Kinder das größte Armutsrisiko. Alleinerziehende – meist Frauen – leben häufig an der Armutsgrenze. Das dritte große Armutsrisiko ist ein Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund werden in der Regel schlechter bezahlt, weil ihre Qualifikationen oft nicht anerkannt werden. Kinder und Jugendliche, deren Deutschkenntnisse zu Beginn ihrer Bildungskarriere mangelhaft sind, sind im deutschen Bildungssystem praktisch chancenlos.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Von Arbeit muss man leben können! Auf Landesebene: Mindestlohn von 10 Euro im Vergabegesetz festschreiben. Anwendung auf alle öffentlichen Aufträge und Zuwendungen, Gesellschaften und Beteiligungen. Tarife des öffentlichen Dienstes und

betriebliche Mitbestimmung auf alle anwenden, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, ob in Schulen oder Kliniken.

2. Öffentlichen Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen! Stopp des Personalabbaus. Mittelfristig 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst. Ausbau des öffentlichen Dienstes, ausreichende Finanzierung für Bürgerhäuser und Vereine.

3. Umverteilung von oben nach unten statt Schuldenbremse! Auf Landesebene: Kürzungsprogramm verhindern. Kein Einfrieren der Ausgaben für Bildung, Arbeit, Kultur, Soziales. Kein Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, keine Absenkung der Tarifentgelte, keine Sonderopfer für die Beamten!

